

Kriegsausrüstungs-Gesetz angenommen!

Vernehmliche Abrechnung mit der Panzerkreuzer-SPD - Stimmenthaltung der Sozialdemokraten

(Eigener Bericht)
Berlin, den 23. Mai 1930

Auf der Tagesordnung der Aresitzung des Reichstages steht die Schlussberatung des Reichswirtschaftsrates mit den dazu gehörigen Abstimmungen.
Groener erklärt: Ich hoffe, daß durch das Marinebauprogramm die aus Währungsgründen entstandene Katastrophe: „Kriegs- Panzerkreuzer - Kinderpeinigung“ endlich vermindert wird. Wir werden die Möglichkeiten des verbleibenden Budgets bei der Erneuerung unserer Flotte auszunutzen - Punkt und damit haßlos! (Lebhafte Beifall rufe.)

Der Reichspräsident Epp (So.): Wir bejahen das Meer, mit beidem die Marine. Wir sind auch der Auffassung, daß eine Marine Schiffe braucht (Heiterkeit und Hört, hört!) Wir mühen uns mit unermüdlichem Fleiß um die militärische Bedeutung der Panzerkreuzer noch weiter. Wir erkennen die Fortschritte in der Reichswehr, die besonders in den letzten Jahren zu verzeichnen sind, durchaus an.

Genosse Neubauer:

Es ist kein Zufall, daß gegenwärtig in allen imperialistischen Ländern die Frage der Flottenrüstung im Vordergrund steht. Die Beschäftigung der Flottenpolitik und der Kistenkampf der imperialistischen Staaten untereinander um den Ausbau der Flotten ist ein Ausdruck der wachsenden Krise des Kapitalismus und des verheerenden Konkurrenzkampfes um Absatzgebiete. 21 Monate lang war Groener auch der Kriegsminister der sozialdemokratischen Regierung Hermann Müller gemeint.

Der Sozialdemokrat Kauter hat hier gestern eine Wandlungskontinuität aufgeführt. Er hat den Reichswirtschaftsratspropheten nach illegalen Rüstungen befragt. Aber im Fragebogen Kauter, warum ist es keine Frage erst jetzt? 21 Monate lang war kein Parteifreund Müller Reichswirtschaftsminister. Gerade unter Hermann Müller machte die kommunistische Partei die größte Fortschritte. Nicht die Kommunisten allein behaupten dies. Ich zitiere aus der Nummer 10 der Zeitschrift „Klassenkampf“, herausgegeben von Herrn Zembelin, dem „linken“ Spezialisten zur Arbeiterbewegung.

„Auf eine im Haushaltsausgleich erfolgte Verlagerung der Sozialdemokratischen Partei nach bestimmten illegalen Rüstungen anstatt nach einem Bericht der „Kölnischen Zeitung“ in vertraulichen Ausführenden der Reichswirtschaftsminister, daß er in dieser Frage immer im Einklang mit dem Reichswirtschaftsminister und dem früheren Reichswirtschaftsminister Müller gehandelt habe.“

Und nun haben wir heute den Sozialdemokraten Eppernicht gehört. Wenn die (in der SPD) Regierungspartei wozu und Wozu? heute, dann wäre es nicht so schnell dann hätten wir heute im Einverständnis mit der Panzerkreuzer-SPD. (Lärm von den Tribünen)

Denkt immer daran: Das ist der „Klassenkampf“ der „linken“ SPD-Führer!

Arbeiternot - Unternehmernot!

Von Wilhelm Wittke-Niedersedlitz
Vorsitzender des Verbandes Sächsischer Industrieller
Dresden

„Es ist kein Zufall, daß gegenwärtig in allen imperialistischen Ländern die Frage der Flottenrüstung im Vordergrund steht. Die Beschäftigung der Flottenpolitik und der Kistenkampf der imperialistischen Staaten untereinander um den Ausbau der Flotten ist ein Ausdruck der wachsenden Krise des Kapitalismus und des verheerenden Konkurrenzkampfes um Absatzgebiete. 21 Monate lang war Groener auch der Kriegsminister der sozialdemokratischen Regierung Hermann Müller gemeint.“

Oppositionelle Metallarbeiter! Dieses Schanddokument erschließen in der sozialdemokratischen Dresdner Volkszeitung vom Sonnabend, dem 17. Mai. Es wird darin auf Grund gütlicher Vereinbarung zwischen dem Industriellenverband und der Redaktion der Volkszeitung die Rede des Oberschichtführers Wittke zum Abdruck gebracht. Die sozialdemokratischen Arbeiter sollen durch eine solche Methode davon überzeugt werden, daß „Unternehmernot“ und Arbeiternot gegenseitig verpflichtet, daß also ein Kampf gegen die Lohnabbaupolitik der sächsischen Unternehmer gegen die eigenen proletarischen Interessen verstößt. Über eine solche abgrundtiefe Verleumdung einer sozialdemokratischen Redaktion muß in Gewerkschafts- und Betriebsversammlungen gemeinsam mit den SPD-Arbeitern Front gemacht und die Organisation des Streiks unter oppositioneller Führung durchgeführt werden.

Deutschnationaler Eppernicht muß doch für Kiel liegen und Hühner für Weihensteden! Hören Sie, was der „linke“ Klassenkampf schreibt:

„Alle Angriffe sprechen dafür, daß auch der Panzerkreuzer B bewilligt werden wäre, wenn die Sozialdemokraten noch in der Koalitionsregierung lägen.“ (Sturm. Dort, dort!)

Es ist kein Zufall, daß gegenwärtig in allen imperialistischen Ländern die Frage der Flottenrüstung im Vordergrund steht. Die Beschäftigung der Flottenpolitik und der Kistenkampf der imperialistischen Staaten untereinander um den Ausbau der Flotten ist ein Ausdruck der wachsenden Krise des Kapitalismus und des verheerenden Konkurrenzkampfes um Absatzgebiete. 21 Monate lang war Groener auch der Kriegsminister der sozialdemokratischen Regierung Hermann Müller gemeint.

Es ist notwendig, so meismal die Haltung der Sozialdemokraten zum Panzerkreuzer A zu charakterisieren. Was war im Plenum? Ich habe hier die namentliche Abstimmung vom 25. Juni in der Hand.

48 sozialdemokratische Abgeordnete haben sich von der Abstimmung gedrückt und 4 sozialdemokratische Minister haben offen mit Ja gestimmt.

Kein Künstler kann mehr die Schuld der Sozialdemokraten an der Flottenrüstung wegleugnen. (Sehr wahr! bei den Komm.) Herr Groener kann sich bei keiner Rüstungspolitik auf die breite Front von Schöplins bis zu den Nazis stützen. Die sozialdemokratischen „Oppositionsreden“ sollen den Wähler in der Wahl in die Augen greuen und den gegenwärtigen Regierungsparteien einen Wind geben, die SPD doch wieder in die Regierung aufzunehmen.

Darum verleiht man auch, warum gerade die Sozialdemokraten sich so stark gegen eine revolutionäre Zerlegung der Reichswehr, dieses kapitalistischen Wuchsinstrumentes, wehren. (Schöplins rufe: Sehr richtig!) Wir sagen Ihnen, das Proletariat wird sich durch keine noch so grausame Methode der Betäubung irremachen lassen in diesem Kampfe gegen die imperialistische, militaristische Politik. Treiben Sie den Wahnwitz Ihres Kriegswirtschafts weiter! Wir sagen Ihnen, was Karl Marx den Militaristen gesagt hat: „Man könnte vielleicht ein Schiff voller Narren eine gute Weile vor dem Winde treiben lassen, aber keinem Schicksal triebe es entgegen eben darum, weil die Narren es doch nicht glauben. Dieses Schicksal ist die proletarische Revolution, die bevorsteht.“

(Lebhafte Beifall und Beifallstöße bei den Kommunisten.) Gegen Abend werden die Abstimmungen zum Wehretat angenommen. Jauch wird abgelehnt über den Miktragensantrag der kommunistischen Fraktion gegen Groener. Für diesen Antrag erheben sich nur die Kommunisten.

Der Antrag der Deutschnationalen auf Einziehung der ersten Rate für den Panzerkreuzer B wird mit 129 gegen 270 Stimmen bei einer Stimmenthaltung abgelehnt, da die Regierungsparteien erklärten, das Panzerschiff B wird im nächsten Jahre gebaut.

Unter kühnlichen Pluribus der Kommunisten wird dann der gesamte Kriegshaushalt der deutschen Republik angenommen.

Es geht auch so!



In Neukölln hat der SPD-Direktor des Arbeitsamtes den Vertrauensleuten der Erwerbslosen das Betreten der Stempelstellen verboten. — Man kann auch durch den Drahtzaun sehr gut agieren.

Berschärfung des Diktaturkurses

Der „Vorwärts“ freut sich

Berlin 24. Mai

Im Hauptausdruck des Reichsverbandes der Deutschen Industrie erklärte der Oberbürgermeister Duisberg, daß die Traktanten angesichts der Kapitalisierung der Arbeiterbewegung selbst ins Parlament und in die Arena des politischen Kampfes treten müßten. Diese Forderung in dem Generalstab der Arbeiter ist ein Warnsignal für alle Arbeiter. Die Kapitalisten haben kein Vertrauen mehr zu ihren Ruchten und wollen erst den Hungertod und verdrängten Terror selbst organisieren. Die Erklärung besetzt vor allem das direkte Vermögen der Finanzverwaltung mit dem kapitalistischen Elitesapparat. Die Wähler mühen sich wehren gegen diese Kriegserklärung der Millionäre und eine einseitige Kampfbahn aller Ausgebeuteten in den Reichs- und an den Stempelstellen schaffen.

Der „Vorwärts“ erklärt: Die Verunsicherung, auch die Arbeiterbewegung wird sich freuen, wenn die deutschen Unternehmer in größerer Zahl in den Parlamenten erscheinen werden. Der „Vorwärts“ behauptet als diese Entwidlung und will außerdem die Arbeiter über die Bedeutung der für die Wähler drohenden Gefahren hinunterführen. Von den Gefahren der Bourgeoisie ist nichts anderes zu erwarten. Die Wähler aber müssen daraus die Lehre ziehen, daß es notwendig ist, gemeinsam mit den Kommunisten gegen die Ausbeuter und ihre Katastrophen zu kämpfen.

Schober will die Arbeiterkraft entwaffnen

Die Sozialisten im Bunde mit Schober

Wien 22. Mai

Die Heimwehrleitung hat an die Schober-Regierung ein „Ultimatum“ gerichtet, in dem sie die sofortige Entwaffnung

der „nationalistischen Organisationen“ unter Mitwirkung der Heimwehren und zur Sicherung der Durchführung dieser Maßnahmen die Beizung des Innenministeriums und des Wiener Polizeipräsidenten mit einem Vertrauensmann der Heimwehren loszupressieren, die gegen die Entwaffnung der „Nationalisten“ seien. Erst nach reiflicher Entschloßung der „Nationalisten“ seien die Heimwehren bereit, mit der Regierung über ein allgemeines Entwaffnungsabkommen zu verhandeln.

Dieses Ultimatum der Heimwehren wirkt ein Schlaglicht auf die innerpolitische Lage in Oesterreich. Die Schober-Diktatur läßt sich mit Hilfe der Heimwehren an die Arbeiterkraft nicht ergötzen zu erwidern. In diesem Vorhaben findet sie die vollste Unterstützung der Sozialdemokraten. Schon die ersten umfassenden Entwaffnungsaktionen, die gegen das Proletariat unternommen wurden — der auf Grund einer Vereinbarung mit Sozialdemokraten durchgeführte Raub der Schuldenwälder im Wiener Arsenal — wurden von der Sozialdemokratie gemeinsam mit dem Faschismus organisiert.

SAZ-Führer und Polizei gegen den Stot

Zur Vorbereitung des „Stot“ verteilten vor einigen Tagen Schönbberger Jungpioniere vor dem Hauptbahnhof in der Roten Halle. Der Leiter der Roten Halle getrieb, darüber in höchste Aufregung und entlich die verteilten Flugblätter den Roten Halle, und versuchte auch die Pioniere die noch nicht verteilten abzunehmen. Als einige Tage später die Pioniere mit ihren Leitern wiederum Flugblätter verteilten wollten, erwiderte sich dieser Roten Halle-Führer an kleinen Geschäften, Jürgel und holte gegen die Pioniere den und Pionieren über die Polizei. Seine Hoffnung wurde auch nicht getraut, die Polizei verhaftete eine Pionierleiterin. Die Pioniere werden trotz alledem überall für die Gewinnung der Roten Halle arbeiten und dafür sorgen, daß recht viele von ihnen noch Halle kommen.



Die eigene Sparkasse bietet Ihnen:
Höchste Sicherheit! — Größte Verzinsung!

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme in Wort, Schrift, Blumenschmuck und anderen Spenden sowie ebendiesem Gebet zum letzten Abschiede unseres lieben Entschlafenen Herrn

Oswald Haupt
sagen wir hienmit allen unsern innigsten Dank
in stiller Trauer
Hulda Haupt, Kinder und Enkel
Schwabenberg, den 23. Mai 1930

Universitäts-Druckerei, Druck
Georg Kurth, Dresden-A.1
Große Zwingstraße 10

Knickerbocker
sowie die schönsten Hosen, fertig und nach Maß, von 1 bis 30 Mark. Continental-Gummi-Mantel und Treacherhose von 17 bis 50 Mark. Kameelhaar- u. Strickwolle-Mantel für Herren, Damen, Knaben und Mädchen von 15 bis 45 Mark. Windjacken für Herren, Damen und Kinder von 5 bis 25 Mark, sowie alle Berufskleidung

Emil Hohlfeld, Ritterstr. 2-4

Freie Turnerschaft Bischofswerda
Sonntag, den 27. Mai 1930, 14 Uhr
ab, im Hotel zur goldenen Sonne

**Großes öffentliches
Stiftungsfest**
womit herzlich einladet der Vorstand

Gustav Hohlfeld, Ebersbach
Kollmannsdorferstraße
Bildhauerei u. Grabsteingeschäft